

Demokratie und Grundrechte im Netz

50 Millionen Deutsche gehen inzwischen regelmäßig ins Internet. Als Kommunikationsmittel ermöglicht das Netz eine Form der freien Meinungsäußerung, die es nie zuvor gegeben hat. Jeder kann dieses niedrighschwellige Medium nutzen. Online findet man politische Gruppen in seiner Nähe, diskutiert in Foren oder verabredet sich zu Demonstrationen. Blogger bieten Meinungsforen und Plattformen wie WikiLeaks decken Sauereien der Mächtigen auf.

Wie jedes Kommunikationsmedium birgt auch das Internet die Gefahr von Missbrauch und Straftaten. Es steht außer Frage, dass auch dort die Gesetze gelten müssen, die in der Offline-Welt Anwendung finden. Aber Politiker aus fast allen Parteien missbrauchen Ängste, um Grund- und Freiheitsrechte zu beschneiden und abzubauen – vor allem seit den Anschlägen vom 11. September 2001.

NOCH FRAGEN?



Anna Conrads

Innenpolitische Sprecherin
der Fraktion DIE LINKE. im
Landtag von NRW

Telefon 0211 / 884 - 4615

Telefax 0211 / 884 - 3702

Mail: anna.conrads@landtag.nrw.de

Internet: www.anna-conrads.de



Ralf Michalowsky

Medienpolitischer Sprecher
der Fraktion DIE LINKE.
im Landtag von NRW

Telefon 0211 / 884 - 4606

Telefax 0211 / 884 - 3701

Mail: ralf.michalowsky@landtag.nrw.de

Internet: www.michalowsky.de

„Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren.“

Benjamin Franklin (1706 - 1790)

Staatsmann, Schriftsteller und
Naturwissenschaftler



GRUNDRECHTE AUCH IM INTERNET SCHÜTZEN!

Für mehr Netzdemokratie statt
Überwachung und Zensur

Fraktion DIE LINKE. im Landtag
von Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Tel. (0211) 884 - 4603
www.linksfraktion-nrw.de

Titelbild: flickr/mcbill und flickr/John.Karakatsanis (Montage: Fraktion DIE LINKE),
innen links: Halina Wawzyniak, innen unten: Mikael Zellmann
Druck: Mediendepot Ruhr (Duisburg) | V.i.S.d.P. Florian Kaiser

DIE LINKE.
Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen

www.linksfraktion-nrw.de



DIE LINKE auf einer „Freiheit statt Angst“-Demo in Berlin. Freiheit und Sozialismus statt Big Brother & Co.

Online-Durchsuchungen: nutzlos, überflüssig und gefährlich!

Politik und Sicherheitsbehörden verweisen immer wieder auf schwergewichtige Argumente: Es geht um den Kampf gegen Terrorismus, Kinderpornographie oder Betrug und Diebstahl im Internet.

Bei genauerem Hinsehen entpuppen sich viele Maßnahmen, die uns alle vor Gefahren aus dem Internet schützen sollen, jedoch als schwere Eingriffe in die Privatsphäre und in der Realität als untauglich.

Die „Online-Durchsuchung“, ein Lieblingskind des damaligen Innenministers Otto Schily (SPD), wurde durch das Bundesverfassungsgericht an starke Auflagen gebunden. Unter der damaligen rotgrünen Bundesregierung wurde das Projekt „Online-Durchsuchung“ mittels sogenannter Trojaner-Software vorangetrieben. Datenschützer/-innen und IT-Spezialisten/-innen bezweifeln den Nutzen der Maßnahme im „Kampf gegen Terrorismus“, Belege für Erfolge der Maßnahmen stehen bis heute aus.

Die Netzsperrungen von „Zensursula“ von der Leyen, damals Familienministerin, sollten kinderporno-

graphische Seiten hinter Stoppschildern verbergen. Fachleute stellten bereits nach wenigen Tagen dar, dass diese Maßnahme reine Kosmetik ist, da kein Material gelöscht wird und die Sperren leicht umgangen werden können. Dieses Gesetz wurde nach massiven Protesten der Öffentlichkeit 2011 von der Regierung Merkel wieder aufgehoben.

Als LINKE-Fraktion richten wir uns gegen den Abbau von Grundrechten und Privatsphäre und wollen gelebte Demokratie auch im Internet.

Die Fraktion DIE LINKE fordert:

- Verbot von staatlicher Schnüffelsoftware
- Keine präventive Datensammelei – gegen die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung
- Grundrechte wie Brief- und Postgeheimnis, informationelle Selbstbestimmung etc. müssen auch im Internet gelten
- Netzneutralität garantieren: Keine willkürliche Zensur durch den Provider



Bis zu 20.000 Menschen beteiligten sich in den vergangenen Jahren an der jährlichen Demonstration „Freiheit statt Angst“

Beispiele für linke Netzpolitik

1. DIE LINKE im Landtag von Nordrhein-Westfalen hat sich im Jahr 2010 als erste Fraktion deutlich gegen den **14. Jugendmedienschutzstaatsvertrag (JMStV)** ausgesprochen. Wir haben klar gemacht, dass wir keinen Staatsvertrag mittragen können, der keinen Schutz bietet, aber stattdessen die Bewegungs- und Meinungsfreiheit gerade von privaten Bloggern und Seitenbetreibern im Internet empfindlich einschränkt. Unseren Argumenten schlossen sich schließlich zunächst FDP und CDU, zuletzt auch Rot-Grün an. So scheiterte zum ersten Mal in Deutschland ein Staatsvertrag.



Infos unter: www.linksfraktion-nrw.de/jmstv

2. Im Oktober 2011 debattierte auch der Landtag NRW über den kurz zuvor vom Chaos Computer Club (CCC) entdeckten **„Bundestrojaner“**. Nur DIE LINKE sprach sich konsequent gegen den Einsatz von Trojaner-Software aus, da Missbrauch dabei quasi programmiert ist. Alle anderen Parteien hingegen waren mindestens für eine Light-Version von Schnüffelsoftware. Innenminister Ralf Jäger (SPD) outete sich ausdrücklich als Fan von Trojaner-Software, solange der Staat diese selbst entwickelt und zertifiziert. Die LINKE tritt in Bund und Land weiter für ein klares Verbot jeglicher Schnüffelsoftware ein.



Infos unter: www.linksfraktion-nrw.de/trojaner